

Ressort: Politik

Nach Österreich: Erste Politiker fordern ein "Wolfsgruß"-Verbot

Berlin, 09.10.2018, 00:00 Uhr

GDN - Nachdem Österreich Anfang Oktober angekündigt hat, den sogenannten "Wolfsgruß" der sogenannten "Grauen Wölfe" zu verbieten, ist jetzt auch in Deutschland eine Debatte über diesen gesetzgeberischen Schritt entbrannt. "Ich bin ganz klar für ein Verbot dieser türkischen national-faschistischen Organisation, ihrer Symbole und Gesten. Jede Form des Faschismus ist menschenverachtend und eine Bedrohung für unsere freiheitliche Gesellschaft", sagte Innenexperte Christoph de Vries (CDU) der "Bild" (Dienstausgabe).

Auch Sevim Dagdelen, Vize-Fraktionschefin der Linken im Bundestag, fordert ein entsprechendes Verbot: "Der Gruß der Grauen Wölfe, einer der größten rechtsextremistischen und verfassungsfeindlichen Organisationen in Deutschland, ist mit dem Hitler-Gruß durchaus vergleichbar und sollte daher verboten werden." Österreich hat beschlossen, Symbole - dazu gehören auch Gesten -, die "den demokratischen Grundwerten widersprechen", ab dem 1. März 2019 zu verbieten. Geplant sind Strafen von bis zu 4.000 Euro, im Wiederholungsfall sogar bis zu 10.000 Euro.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-113117/nach-oesterreich-erste-politiker-fordern-ein-wolfsgruss-verbot.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com